

# Remberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagblatt" und "Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gestalt, Betriebsänderung, Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 8spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 6spaltige Realzeile 40 Pfg., Ausschlagsgebühren 50 Pfg. für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für nächtliche Besondere und deutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühren: 10.— M. das Laufen, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 48

Dienstag, den 23. April 1929

31. Jahrg.

## Neues in Kürze.

• **Real Bescheid** brachte im vorberreitenden Abfüllungsantrag in Bezug einer Erweiterungsantrag zum Flüssigkeitsverbot ein, der große Bedeutung besitzt.

• **Die China** ist eine folgenschwere Hungersnot ausgebrochen. Nach amtlichen Berichten sollen in zahlreichen Fällen Menschen verhungert und gestorben werden.

• **Die Zahl der Arbeitslosen** nimmt weiter ab, so daß allmählich eine billige Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt eintreten dürfte.

• **Die Verhandlungen der Reichsregierung** mit den Großbanken wegen des neuen Kredits werden fortgesetzt. Weitere Verhandlungen sind im Sinne der Reichsregierung zu erwarten.

• **Nach einer Pressemitteilung** treffen Dr. Schacht und Dr. Brügel am Sonntag in Berlin ein, um mit der Reichsregierung Rücksprache zu nehmen.

## Zusammentritt des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett trat am Freitag zusammen, um wirtschaftspolitische Fragen zu beraten. Offenbar handelte es sich dabei um die Lage der Pariser Reparationskonvention. Beschlüsse des Kabinetts konnten jedoch schon deshalb nicht erwartet werden, weil Deutschland wenig an der Unabhängigkeit der Sachverständigen teilnahm.

## Beschimpfung einer Religionsgesellschaft.

Aus dem Strafrechtsausschuß.

— Berlin, 19. April.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages begann die Beratung des Paragraphen 180, der die Beschimpfung einer Religionsgesellschaft behandelt. Der Vorsitzende, Dr. Kaufmann, erläuterte eingehend den Inhalt des Paragraphen. Es handelte sich hier um den von verschiedenen Parteien zahlreiche Anträge teils einbringender, teils erweiternder Art gestellt worden. Im Ausschusse war trotz ausgiebiger Aussprache eine Einigung der verschiedenen Standpunkte auf Augenblicke Kompromiß nicht möglich. Die Entscheidung soll erst im nächsten Dienstag.

## Das Wohnungsrecht bleibt bestehen.

Der Wohnungsanspruch des Reichstages genehmigte die Reichsratskommission für das Wohnungsrecht. Es wird darin die Aufrechterhaltung des Reichswohnungsrechtes, des Mieterschutzgesetzes und des Wohnungsmangelgesetzes angeordnet. Für die Sicherung der Baukostenzuschüsse und Mietsvoranschlägen, die Mieter vielfach leisten müssen, sollen die erforderlichen Schutzmaßnahmen getroffen werden, möglichenfalls durch besondere neue gesetzliche Vorschriften.

## Reichsstädtebund zum Finanzausgleich.

Antrag gegen die Wünsche der Großstädte.

— Berlin, 21. April.

Der Reichsstädtebund hat gemeinsam mit dem Preussischen Landtag, dem Verband der Preussischen Landgemeinden und dem Preussischen Landgemeindevorstand eine Eingabe an den Landtag gerichtet, in der gebeten wird, dem Antrag der Städte Berlin und einer Anzahl anderer Städte, für das Jahr 1929 ein Einheitsjahr der relativen Garantie von 22 auf 25 Pfg. zu erheben, nicht stattzugeben.

In der Eingabe heißt es: Es kann nicht verkannt werden, daß die Bestimmungen über die relative Garantie des Friedensaufkommens in ihrer jetzigen Form nicht geeignet sind, allen Gemeinden absolute Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Dementsprechend hat die relative Garantie für die große Mehrheit der preussischen Gemeinden gültig gewirkt, für viele bedeutet sie geradezu die Aufrechterhaltung ihrer Lebensfähigkeit. Wie die Regelung auch immer ausfallen mag, für einzelne Gemeinden werden sich immer Benachteiligungen und Unbilligkeiten ergeben. Es läßt sich daher nicht rechtfertigen, den Antrag Berlins und der anderen Städte für 1929 zu unterstützen. Vielmehr werden alle beteiligten Kreise auf das ernste Bemühen bleiben müssen, ein neues Ausgleichsverfahren ausfindig zu machen, welches eine möglichst gerechte Verteilung der Steuerüberweisung sicherstellt. Die gewünschte Veränderung innerhalb des bestehenden Systems kann aus demselben nicht mehr erfolgen, weil die meisten Gemeinden und Gemeindevorstände bereits ihre Hausnummern für 1929 unter Berücksichtigung der bisherigen Bestimmungen aufgestellt haben. Würde eine Herabsetzung des Einheitsjahres auf 25 Pfg. für 1929 erfolgen, so würden zwar die Antragstellenden Städte — und insbesondere einige wenige Großstädte — dadurch eine Verbesserung erfahren, dagegen würde für die große Mehrzahl der Gemeinden eine nicht unerhebliche Verminderung ihrer Einnahmen und damit ein Defizit in ihren Haushaltsplänen entstehen.

## Prinz Heinrich von Preußen f.

Am 67. Lebensjahre einer Zungenentzündung erlegen.

— Ebernörd, 21. April.

Prinz Heinrich von Preußen ist gestern mittag an einer Zungenentzündung auf seinem Landgut Hemmelmar bei Ebernörd in Schleswig-Soltau in seinem 67. Lebensjahre gestorben.

Prinz Heinrich von Preußen, der Bruder des früheren deutschen Kaisers, wurde am 14. August 1862 im Neuen Palais in Potsdam als Sohn des nachmaligen Kaisers Friedrich III. und der Prinzessin Victoria von England geboren. Mit seinem am drei Jahre älteren Bruder besuchte er das Gymnasium in Kassel. Nach bestandenen Abiturientenexamen widmete er sich dem Seedienst. Nachdem er die verschiedenen Grade der Seoffizierslaufbahn durchlaufen hatte, erfolgte 1895 seine Beförderung zum Konteradmiral. Von 1906 bis 1909 war er Chef der aktiven Flotte. Nach seiner Entlassung von diesem Kommando wurde er zum Großadmiral und Generalinspekteur der Marine befördert.

Der Prinz hat verschiedene größere Auslandsreisen unternommen und war so 1898 in Ostasien und 1902 in Nordamerika, wo die Harvard-Universität ihn zum Ehren doktor ernannte. Großes Interesse wandte Prinz Heinrich stets den verschiedenen Zweigen des Sports zu. Der Prinz war lebenslang ein begeisterter Jäger und erwarb sich große Verdienste um die Jagdwirtschaft und das Fluggewesen. U. a. erwarb er sich das Pilotenzeugnis und wurde für seine Verdienste um die Förderung der technischen Wissenschaften von der Technischen Hochschule Charlottenburg und der Universität Kiel zum Dr.-Ing. ehrenhalber bzw. zum Dr. h. c. ernannt. Während des Krieges hatte der Prinz sein Kommando inne. Nach der Revolution war er sich auf sein Gut Hemmelmar bei Kehl zurück. Der Prinz war mit der Prinzessin Irene von Hessen verheiratet. Der Ehe sind drei Söhne entsprossen.

Die Beerdigung des Prinzen wird vom Reichswestministerium geregelt werden, und zwar nach den Bestimmungen, die für Generalfeldmarschälle und Großadmirale der Marine bestehen.

## Die Lage an der deutschen Börse.

Beruhigt, aber weiter nervös.

— Berlin, 21. April.

Die an den deutschen Börsen infolge des bekannten Verlaufes der Reparationsverhandlungen überaus eintretende Ruhebewegung setzte sich nicht in gleicher Heftigkeit fort, da man die Lage etwas beruhigter betrachtete. Dennoch hielt die nervöse und unruhige Stimmung an, so daß die schweren Werte wieder Kursverluste erlitten. Allerdings gingen diese nicht über acht bis zehn Punkte hinaus. Seitens des Auslandes fanden bemerkenswertere keine nennenswerten Verkäufe in deutschen Wertpapieren statt. Man wollte im Gegenteil sogar beobachtet haben, daß in Berlin Kaufanträge für Effekten aus dem Auslande eintrafen.

Nach am Sonnabend hat sich die Reichsbank zu Goldverkäufen veranlaßt gesehen, um den nach wie vor erheblichen Devisenmangel zu decken, der angefüllt wurde, gerecht werden zu können. An der Berliner Börse waren wieder erhebliche Interventionen bei Festlegung des Dollarkurses notwendig, um diesen auf der Basis von 4,2175 zu halten. Allerdings waren die Ansprüche nicht größer als am Vortage.

## Beratung über die Gewerbesteuer.

Söppler-Minister fordert schnellste Verabschiedung im Preussischen Landtag.

— Berlin, 21. April.

Im Preussischen Landtag fand am Sonnabend die neue Vorlage über die Gewerbesteuer, die lediglich eine Veränderung des geltenden Rechts bringt, zur ersten Beratung.

Finanzminister Dr. Söppler erklärte, es sei die Frage aufgeworfen worden, ob Artikel 62 der preussischen Verfassung der Wiedererlegung dieses Gesetzesworts widerspreche. Nach Ansicht der Staatsregierung sei dies nicht der Fall. Die rein juristischen Argumente für diese Auffassung der Staatsregierung werde er im Hauptauschluß darlegen. Heute wolle er nur darauf hinweisen, daß der Inhalt des Staatsrats nicht der Sache an sich gilt, sondern nur einem einzigen Punkt innerhalb des Gesetzes, und daß zweifellos in einem solchen Falle die Wiedererlegung von Gesetzen möglich sein müsse. Die Verabschiedung der Gewerbesteuer müsse nun, wenn man eine Aufhebung der Staatsregierung werde er im Hauptauschluß erfolgen. Durch eine Veränderung des Gesetzes würde man die Befreiung der Steuerpflichtigen nicht mildern, sondern nur verschärfen. Der Minister bat, die Vorlage baldigst unverändert anzunehmen.

Nach weiterer Aussprache wurde die Vorlage dann dem Hauptauschluß überwiesen. Das Haus beruhte hierauf die zweite Lesung des Gesetzes, die auf die Bestimmungen, die am Dienstag vorgenommen werden sollen.

## Schacht und Böglers in Berlin.

Sie informieren das Reichskabinett.

— Berlin, 21. April.

Nach einer Pressemitteilung treffen die deutschen Delegierten Dr. Schacht und Dr. Böglers heute in Berlin ein, um der Reichsregierung über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen in Paris zu berichten. Es ist nicht anzunehmen, daß die deutschen Sachverständigen neue Informationen mit auf den Weg bekommen werden, denn die Reichsregierung hält nach wie vor streng an dem Grundsatz fest, daß die Sachverständigen völlig unabhängig arbeiten müssen.

Die Schacht und Böglers werden von Dr. Schacht mit den französischen Vertretern unverändert fortgesetzt. Nach der gestrigen Abgabe der französischen Nachrichtenagenturen wird auch das übrige Ausland in die Gespräche gegen Deutschland hineingezogen. Dabei macht Amerika keine Ausnahme. Hier läßt sich sogar feststellen, wie stark sich in den einzelnen Weltteilen der französische Einfluß geltend macht. In England beurteilt man die Reparationskonferenz jetzt etwas ruhiger, doch stellt es auch in vielen Ländern nicht an großen Beschäftigungen Deutschlands. Nur Italien macht eine Ausnahme. Die Blätter stellen sich zwar häufig auf den Standpunkt der übrigen Gläubiger, würdigen sonst aber auffallend die Haltung Dr. Schachts.

Das Gesamtbild der Pressekommentare läßt hingegen erkennen, daß man bemüht ist, noch kein Schlichter der Konferenz zu sehen. Man hofft, daß am Montag neue Verhandlungen angeknüpft werden. Die Erwartungen setzen sich wohl darauf, daß bereits am Freitag abend inoffizielle Besprechungen zwischen den Delegierten stattfanden, die am Sonnabend fortgesetzt wurden. An den Unterhaltungen nahmen nicht nur die alliierten, sondern auch die deutschen Sachverständigen teil. Wenn allerdings von einer bereits festgelegten inhaltlichen Vollkonferenz gesprochen wird, so dürfte dies die Bedeutung der Besprechungen übertrieben. Immerhin scheinen aber neue Anknüpfungspunkte gesucht zu werden. Man tut aber gut daran, mit einer optimistischen Beurteilung der Lage nach wie vor vorsichtig zu sein.

## Noch nicht das letzte Wort?

Nach einer Pressemitteilung ist ein Mitarbeiter des „Sourat“ angeblich von Dr. Schacht empfangen worden. Dr. Schacht habe in dieser Unterredung erklärt, niemals gesagt zu haben, daß die bekannten Vorschläge des letzten Wort der deutschen Delegation seien. Er sei vielmehr bereit, sämtliche Anregungen zu erörtern, die die alliierte Antwort auf die von ihm unterbreiteten Vorschläge geben könnte.

## Deutschlands Angebot vernünftig, fair und gerecht.

Zu dem Memorandum Dr. Schachts gab Senator Borah folgende Erklärung ab: „Ich finde, daß Deutschlands Angebot vernünftig und fair war. Wenn man die Summe, die Deutschland in bar und in Sachleistungen bereits gezahlt hat, und die Gebiets- und anderen Verluste, die Deutschland erlitten hat, in Betracht zieht, muß man zu der Überzeugung kommen, daß das deutsche Angebot durchaus gerecht war.“

## Deutscher Antrag zum Gastriegsverbot.

Die Abrüstungsansprüche in Genf.

— Genf, 21. April.

Die deutsche Abordnung im vorberreitenden Abrüstungsausschuß hat in der Sonnabend-Sitzung einen Antrag eingebracht, nach dem in der Vorlog der großen Denkschrift des Grafen Bernstorff beantragt wird, in den Konventionenentwurf des Verbots des Abwurfs von Kampfmitteln in jeglicher Art aus leuchtenden Flugzeugen, sowie das Verbot der Beförderung von Gas, Explosiv- und Brandstoffen jeglicher Art aufzunehmen. Der deutsche Antrag gilt als Ergänzung der Bestimmungen des Abkommens über das Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges.

In der Aussprache über das Verbot des chemischen Krieges beantragte Graf Bernstorff, das ganze Kapitel des Konventionenentwurfes über das Verbot des chemischen Krieges mit dem deutschen Antrag aus dem Abkommen herauszunehmen und daraus ein internationales Sonderprotokoll zum Verbot des chemischen Krieges zu machen. Von verschiedenen Abgeordneten wurde darauf hingewiesen, daß es zweckmäßiger sei, das deutsche Protokoll von 1925 auf der Grundlage der verschiedenen Anträge und der Bestimmungen des Konventionenentwurfes weiter auszubauen und zu vervollkommen und somit in den Konventionenentwurf über die Herabsetzung der Abrüstungsbeschränkungen seinen Bestimmungen über das Verbot des Gastrieges aufzunehmen.

„Deutsche Illustrierte“ heute neue Nummer bei Rich. Arnold



prall wurde das Tier auf der Stelle getötet und der Fahrer vom Rad geschleudert. Er erlitt schwere Verletzungen, besonders im Gesicht, sodass er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Lebensgefahr besteht aber nicht.

**Breßlitz.** 18. April. Zwei junge Leute einer hiesigen Wägerei sind mit knapper Not dem Tode entgangen. Als man die Backstube öffnete, fand man die beiden benutzlos vor. Ein Arzt konnte beide dem Tode entreißen. Die giftigen Gase löschten dem Wägerei den Tod nach die Frau eines hiesigen Bäckermeisters. In seiner Nacht von einem Besamensein heimgekehrt, wollte sie sich auf einem Gasofen noch etwas wärmen. Dabei mußte die Frau von einem Chimnanknall überfallen worden sein, so daß sie den Kopf mit sich zum Boden rief. Die ausströmenden Gasen waren nach dem Unglücklichen dem Tod gebracht. Erst am Morgen fand der etwas schwerehörige Gemann seine Frau tot in der Küche auf.

**Stargard.** Karmitzblage. Abends ereignete sich in der Straße ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Radfahrer fuhr mit voller Wucht gegen ein Auto. Er wurde auf die Straße geschleudert und erlitt erhebliche Verletzungen im Gesicht und an den Beinen. Sein Fahrrad wurde zerstört.

**Erfurt.** Reiche Beute. Aus dem Mädchenzimmer eines Hauses am Anger wurden eine eiserne Kassetten mit etwa 350 Mark Geld, bestehend aus 20- und 10-Mark-Scheinen und einem 10-Dollar-Schein, gestohlen. In der Kassetten befanden sich außerdem eine silberne Gürtelkette und ein Paar goldene Manchettenknöpfe sowie ein kleines braunes Damenportemonnaie mit einem Jubiläumstaler der Jahrhundertfeier von Bremen. Auch eine Sausparbüchse der Stadt Sparkasse, einen kleinen Geldschrank darstellend, wurde mit etwa 40 Mark Inhalt entwendet.

**Halle.** Feuer. In den Halleischen Höhenwerten brach um 10.45 Uhr ein Kellerbrand aus. Wohnung 1 und 2 der Feuerwehr wurde sofort alarmiert und konnten mit zwei Schlauchleitungen den Brand innerhalb einer halben Stunde löschen. Die Arbeiter der Feuerwehr wurden durch starke Rauchentwicklung erschwert. Es gelang jedoch mit Hilfe von Rauchsuggeräten bis zum Brandherd vorzudringen und ihn abzuschließen.

**Naumburg.** Brandstifterin verhaftet. In Naumburg brach kürzlich ein Brand aus, ohne daß die Entstehungsurache ermittelt wurde. Nach einer eingehenden Untersuchung des Brandortes wurde der Verdacht der Brandstiftung verhaftet und ins Landesgerichtsjugendgefängnis Hof eingeliefert.

**Bad Berka.** Das Rad in der Lim. Dieser Tage wurde ein junges Rad, das imabwärts geschommen kam, in der Nähe der Pfarrbrücke bemerkt. Es verlor, an der Mauer der Kunstmühle zu landen. Nach längeren Bemühungen gelang es zwei jungen Leuten, das gestohlene und ermattete Tier zu fangen und dann seinen Freiwilligen zu überlassen. Wie das Tier in die Lim gekommen und ob es schon eine längere Reise hinter sich hatte, konnte nicht ermittelt werden.

**Stadtraß.** In der Kurve. Ein schweres Motorradunglück ereignete sich auf der Landstraße Stadtraß-Hermsdorf in der Nähe des Wallerweises Hermsdorf. Da das Unglück in der Kurve passierte, ist anzunehmen, daß der Fahrer ein übermäßiges Tempo gefahren ist und dadurch die Gewalt des Abbremsens verloren hat. Der Fahrer, Schüler Werner Köll, und sein Sozius, Schulmader Krieg, waren auf der Stelle tot.

**Gienach.** Gemeindeführer in Unfoll. Ein Anhold treibt im Johannistal sein Vieh. Der unzufällige Mann wurde mehrfach beobachtet: er ist groß und stark gebaut, etwa 35 bis 40 Jahre alt und trug einen Leberzieher. Leider konnte eine Verfolgung nicht mehr einleiten, da der gemeindeführer Karl Heßgen neben dem der Verpflanzung zu groß war. Dieser achtet auf eure Kinder!

**Stamm.** Schwere Unfall. Im Steinbruch der benachbarten Gemeinde Bella geriet der 23jährige uneheliche Arbeiter Benedix beim Transport eines 5 bis 6 Zentner schweren Steines unter diesen. Er erlitt sehr schwere innere und äußere Verletzungen. In hoffnungslosem Zustande wurde er in eine Klinik geschafft.

**Seidritz.** Auf der Jagd verunglückt. Auf der Auerhahnjagd verunglückte der Rittergutsbesitzer von Buxtehde schwer. Der hoppelnde Jagdweiche Putz hat er sich plötzlich nach hinten, so daß dem Unglücklichen die volle Ladung ins Gesicht schlug. Man befürchtet, daß er ein Augenlicht verlieren wird.

**Andersdorf.** Fäden flugplatz. Der Stadtrat bewilligt zur Finanzierung der Bauten auf dem Flugplatz Andersdorf-Saalfeld-Schwarzal die Übernahme von 21 000 Mark Aktien des von 100 000 auf 200 000 Mark zu erhebenden Kapitals der Flugplatz AG.

**Weimar.** Dedekindhutz vor Gericht. Vor dem Schöffengericht in Weimar wurde gegen drei Bauheute der Oberbürgermeister und gegen den Weimarer Bauunternehmer Landt eine wegen fahrlässiger Körperverletzung verhandelt. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, durch Fahrlässigkeit den Einsturz der Bahnhofsdecke im Fernsprechamt des Postamts in Weimar am 28. Juli 1923, wodurch ein Volkbeamter getötet und eine Anzahl Beamten teils schwer verletzt wurden, verantwortet zu haben. Nach eingehender Beweisaufnahme, wobei auch zwei Sachverständige gehört wurden, kam das Gericht im Sinne des Antrags der Staatsanwaltschaft zu einem Freispruch, weil den Angeklagten eine schuldhaftige Nachlässigkeit nicht nachgewiesen werden konnte.

**Sobeneiche.** Straßenperrung. Die Landstraße von hier bis zur Prodingenlinie zwischen Hia und Mittmannshausen soll erneuert werden, und zwar ist die Pflanzung des Straßensortes eine große Schlepplahn zu bauen, die die Straße nach der Ober und den Oberland nach den Kohlengruben befördern soll. Die Reichsbahn hat zwar bis jetzt noch keine Kenntnis von den Einzelheiten dieses Planes, hat aber bereits jetzt größte Bedenken gegen diese Privatbahn, da sie vorerst einen beträchtlichen Frachtausfall befürchtet.

**Plauen.** Telefon-Schwindel. In den Mittagstunden wurde ein an der vorderen Jöhninger Straße wohnhafter Garnhändler telefonisch angerufen und gefragt, ob er Bobinen auf Lager habe. Der Garnhändler, dem die durchs Telefon angegebene Firma bekannt war, bejahte dies, worauf vereinbart wurde, daß die Ware innerhalb einer halben Stunde abgeholt werden sollte. Kurz darauf erschien in dem Geschäftsaum des Garnhändlers ein etwa 15 Jahre alter Bursche, der 140-145 Zentimeter groß war und eine braune Aktentasche bei sich führte. Die beiden wurden 0.500 Mark rohes Glasgarn, 0.920 Kilo Bobinen 100/200 und 1.100 Kilo Bobinen 100/400, roh, ausgehandelt. Als der Garnhändler nach einigen Tagen den Rechnungsbetrag liefern wollte, stellte sich heraus, daß die betreffende Firma keine Firma bestell und bezogen hatte. Der Garnhändler war einem Betrüger in die Hände gefallen.

**Plauen.** Der Gast. Ein an der hinteren Jöhninger Straße wohnhafter Handlungsgehilfe wurde von seinem Angehörigen, die einzige Tante auswärts gewohnt hatten, in lebenslosem Zustande in der Küche aufgefunden. Es liegt Gasvergiftung vor. Aus hinterlassenen Aufzeichnungen des Toten ist anzunehmen, daß er freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

**Görlitz.** Die Herkunft des Schwindlers des Handels. In der Angelegenheit des diegelannten Schwindlers Karl Hartung, der unter der Angabe, ein unehelicher Sohn des ehemaligen Kaisers Wilhelm II. zu sein, in verschiedenen Städten des Reiches umfangreiche Schwindelaktionen begangen hat, ist es der Kriminalpolizei Görlitz gelungen, nach eingehenden Ermittlungen Feststellungen zu treffen, die über die Herkunft des Betrügers Aufklärung geben. Es wurde festgestellt, daß der Empfänger des Schwindelversuchs die Maschine daran, durch einen Arbeiter vom Bahnhof Dresden-Plauen abholen. Beim Definieren stellte sich heraus, daß es sich um eine Füllmaschine handelte, die nur durch einen glücklichen Zufall nicht explodiert ist. Nach dem Gutachten des Sachverständigen wäre die Explosion und Brandwirkung der Maschine sehr groß gewesen. Der Urheber des Anschlags war bisher nicht zu ermitteln.

**Dresden.** Hospitalier Anschlag mit einer Söllennmaschine. Einem Fabrikanten in Dresden-Göhlitz war von einem angeblichen Ingenieur Reinhold aus Goswig brieflich die Zulassung einer Maschine in Aussicht gestellt worden. Der Empfänger des Schreiben ließ die Maschine daran, durch einen Arbeiter vom Bahnhof Dresden-Plauen abholen. Beim Definieren stellte sich heraus, daß es sich um eine Füllmaschine handelte, die nur durch einen glücklichen Zufall nicht explodiert ist. Nach dem Gutachten des Sachverständigen wäre die Explosion und Brandwirkung der Maschine sehr groß gewesen. Der Urheber des Anschlags war bisher nicht zu ermitteln.

**Wemel.** Motorjäger bei Kimmersatt geirradel. In der Nacht kramerte vor Nummer 14 250 Tonnen große deutsche Motorjäger, „Mitar“. Das Schiff, das eine Ladung Haier an Bord hatte, war auf der Fahrt von Stralsund nach Ribau. Erst gegen Morgen gelang es, die sechs Mann starke Besatzung mit einem Rettungsboot an Land zu bringen. Die Ladung ist verloren, jedoch hofft man, das Schiff, das bereits völlig unter Wasser liegt, zu heben.

### Kleine Chronik.

Ein verwegener Einbruch. Vormittags kurz vor acht Uhr ist in Warfah ein ungewöhnlich verwegener Einbruch verübt worden. In einer beliebigen Straße in der Nähe des Hauptbahofs führen Männer in Arbeitskleidung vor dem Lager einer Zerstör, vor öffneten die Tür mit Nachschlüssel und luden angelegentlich viele Zuhänger 20 Kisten Zin in Wert von etwa 20 000 Mark auf einen Lastwagen. Einer der Ganzer riefte sich um bei den Gausenbewohnern, die kommen zu lassen, neben das Führerwerk und verzeichnete jede Kiste in ein Geschäftsbuch. Nach getaner Arbeit fuhren sie unbedenklich fort und konnten bisher nicht ermittelt werden.

Ernie Folgen des schwedischen Sparbankbruchs. Nach Meldungen aus Stockholm dürfte die in der Nähe der schwedischen Hauptstadt gelegene Gemeinde Dalard sich in den nächsten Tagen wegen des Sparbankzusammenbruchs gezwungen sehen, den Konkurs zu erklären. Die Gemeinde Dalard hat aus öffentlichen und privaten Mitteln etwa 200 000 Kronen verloren. Unter diesen Geldern befinden sich der letzte Vermittlungsbetrag der Gemeinde, Einkünfte an Steuern sowie Schulds, Kräfte- und Armegehälter, mit einem Wort: alles. Auch mehrere andere Kommunen in der Nähe der Hauptstadt befinden sich in ähnlicher Lage.

Schweres Unglück bei einer Artillerie-Schießübung. Bei Artillerie-Schießübungen in dem Fort Kamehamea gab es nach Meldungen aus Honolulu einen Kohrtreffer. Zwei Soldaten wurden getötet, sieben schwer verletzt; ein Soldat wird vermisst.

Riesenfener in den Bergwäldern bei San Sebastian. Nach Meldungen aus San Sebastian wütet dort ein heftiger Sturm. In den Bergwäldern brach ein Feuer aus, das riesigen Umfang angenommen hat. Drei Dörfer stehen in Brand. Die Einwohner haben ihre Wohnstätten fluchtartig verlassen müssen. Truppen sind eingesetzt worden, um Hilfe zu leisten.

Luft-Tarifverkehr mit „Sogetisflugzeugen“. Die Niederländische Flugzeugfabrik Fritz Koolhoven in Rotterdam baut ein neues Heines Flugzeug, das den Spitznamen „Sogetisflugzeug“ erhalten hat. Das Flugzeug bietet Platz für den Führer und zwei Passagiere. 250 dieser Flugzeuge sollen für die Desoutter Aircraft Co Ltd. in England gebaut werden, die damit einen Luft-Tarifverkehr einrichten will. Die Flugzeuge werden mit englischen Cirrus Motoren ausgerüstet, die einen sehr sparsamen Betrieb ermöglichen und nur etwa für 7 Pfennig Benzin je Kilometer verbrauchen.

**Vermischtes.**  
O Die neueste Theorie vom Weltentstehung. Bitte schreiben Sie eine Eins. Dominier schreiben Sie 126 Stellen. In so viel Jahren wird die Welt untergehen! Das ist das neueste Forschungsergebnis eines der bedeutendsten englischen Philosophen. Es ist eine hübsche runde Ziffer von phantastischer Größe, mit der der einfache Menschenverstand freilich nicht anfangen kann. Ob diese Ziffer „ganz genau“ stimmt, das kann der gewöhnlich Sterbliche nicht kontrollieren. Im Grunde kommt es bei diesem gigantischen Zahlenmonstrum aber nicht so sehr darauf an, ob die Welt 7 Tage früher oder 39 Tage später in Trümmer fällt, denn wir und unsere Kinderstüber haben bestimmt, ganz bestimmt die Gewißheit, daß wir uns davor nicht weiter zu beunruhigen brauchen. Immerhin macht sich die Wissenschaft Kopfschmerzen wegen dieses größten aller Probleme und es wird deshalb Sache der übrigen Herren Gelehrten sein, sich mit dem englischen Philosophen wegen der Richtigkeit oder Unrichtigkeit seiner Behauptung fertig zu machen.

**Wählen Sie Parlamentsmitglied werden? Bittet**  
Der Sache steht nichts im Wege... Ein Stützpunkt des Vermerkens liegt das Inselchen Brehau. Dieses Inselchen trägt eine einzige menschliche Bevölkerung, eine Bauernfamilie. In den hiesigen Zeitungen wird gelegentlich dieses kleine Bestium, zum dem annähernd zwölf Morgen Land gehören, zum Verkauf ausgeschrieben. Wer das Bestium erwirbt, ist nach altem Recht Mitglied des Freistaates Sarg, der etwa mehr als 800 Bewohner umfaßt. Die Insel Sarg liegt ein paar Kilometer von dem Inselchen Brehau entfernt. Die Gelegenheiten ist also günstig, namentlich für Philosophen, die im Lande nichts gelten und trotz aller Bemühungen nicht zu einem M. d. B. Wählbaren gelangen können. Das Paradies der Insel Brehau ist um so schätzenswerter, als der Parlamentsvertreter des Inselchens ein Herrenleben führen kann, denn mit Parlamentssorgen wird er nicht allzu sehr belästigt. Die letzte Parlamentswahl des Freistaates Sarg hat nämlich im Jahre 1896 stattgefunden und der Termin der nächsten Tagung ist bis heute noch nicht bekannt geworden. Es blüht also idyllisch viel Zeit zum Auskultieren.

### Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

am 20. April 1929.

Anwesend sind 4 Magistratsmitglieder und 11 Stadtverordnete.

1. Genehmigung der letzten Niederschrift, die ohne Einwendungen erliegt.
2. Wahl von Rechnungsprüfern für die Kämmerei-Kassenrechnung. Die Prüfung wird vorgenommen von den St. Udeley und Knat.
3. Richtighprüfung der Sparta-Kassenrechnung für 1927. Nach erfolgter Prüfung durch die St. Udeley und Richter erklärt Stv. Ludwig den Rechnungsbericht. Die Rechnung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 584.538,- RM ab, die Girofahne mit 338.180,69 RM. Von den Verordnungsstellen seien erwähnt Hypotheken 3880,- RM, neue Darlehen 284.297,- RM, Wertpapiere 62.653,- RM, Betriebskapital 5587,- RM, Zinsenrückstände 1628,- RM, Verwertungs-konten-Voranschlag 4402,- RM, Vorkauf 11.267,- RM, Giro 210.000,- RM. An Spareinlagen konnten vorhanden 580.438,- RM, der Verwehrsollens betragt 15.494,- RM, Rücklage für eine Additionsumme 1500,- RM, Sonderrücklage 1000 RM, eingeschmigt wurden 63 Anleihegeschäfte. Der Rechnungsbetrag 600,- RM. Die Prüfung ergab die Richtigkeit der Rechnung und auf Antrag wird dem Rechnungsleger Neumann Darzmann Entlassung erteilt.

4. Eingehung einer Lehrstelle. Von der Regierung in Werberich wird angesetzt, von den jetzt bestehenden 8 Lehrstellen eine einzuziehen und Aufgabe der gegebenen Abteilung. Durch diese Verringerung ist es der Regierung möglich, den dringend notwendigen Schulneubau finanziell zu unterstützen. Bei Beibehaltung der 8 Lehrstellen ist dieses nicht möglich. Stv. A. Damann sieht in dem Schreiben eine Maßnahme der Regierung, um den Schulneubau schmachtig zu machen. Die Regierung scheint zu glauben, daß wir viel Geld haben. Nach seiner Ansicht sei der Schulneubau nicht nötig. Er würde sich aber mit dem Fortfall der gegebenen Abteilung einverstanden erklären, denn er sieht darin keinen Vorteil, da die Kinder, die noch lernen sollen, ja doch nach Wittenberg geschickt werden. Für die Eingehung der 8. Lehrstelle sei er nicht zu haben, wünscht aber eine weitere Ausgestaltung der Volksschule. Stv. Ludwig spricht entgegen diesen Ausführungen für die Beibehaltung der gegebenen Abteilung, die sich doch sehr bewährt hat. Durch die gegebene Abteilung wäre es den Eltern möglich gemacht, die Kinder, die die Reifeprüfung machen sollen, nur 2 Jahre nach Wittenberg zu schicken, da die hiesige Abteilung nur den Lehrplan bis zum 14. Lebensjahr umfaßt. Bei Wegfall der gegebenen Abteilung müssen dann die Kinder schon vom 10. Jahre ab eine andere Schule besuchen. Alle Kinder, die bis jetzt nach Wittenberg gegangen seien, sind dort, in die nächstfolgende Klasse aufgenommen worden. Er bittet, es bei dem jetzigen Schulsystem zu belassen und den Schulneubau zurückzustellen. Obwohl er als Lehrer gerne in besseren Räumen unterrichten würde, kann er als Stadtverordneter nicht für den Neubau eintreten. Die Schülerzahl sei jetzt auf den tiefsten Stand gelangt. In den nächsten Jahren tritt wieder eine Erhöhung der Schülerzahlen ein. Diesen Tiefstand benutze jetzt die Regierung, um den Abbau herbeizuführen. Später müßte dann doch wieder eine Lehrstelle neu geschaffen werden. Stv. Richter trägt an, bei den 8 Lehrstellen die Lehrer für die gegebene Abteilung mit enthalten sein. Wenn das der Fall ist, dann würden für die Volksschule doch nur 6 Lehrer sein, also kein achtklassiges System. Der Unterricht in der Volksschule müßte doch darunter leiden. Stv. Ludwig erklärt, daß das nicht der Fall sei. Stv. Knat bemerkt, daß er im Schulsaal für die Beibehaltung der gegebenen Abteilung eingetreten sei. Jedoch habe man verschiedentlich, daß die gegebene Abteilung das nicht leistet, was sie verspricht. Die Kinder hätten einen Dünkel und seien manchmal dummer wie die Volksschüler. Er ist der Ansicht, daß die gegebene Abteilung verschwinden müßte, wenn die anderen Klassen darunter leiden. Stv. Schulze tritt für Beibehaltung ein, da nach seinen Erfahrungen die Schule gut sei.

**„Man lasse seinen Körper in Ruhe“**  
und gedenke, daß systematische Selbstbeobachtung nötig sei. Man habe den Mut, gesund zu sein! Dies ist zehnmal mehr wert als übertriebene Heil-, Übungs-, Ernährungs- und sonstige Systeme. So schreibt Fritz Reichard in seiner Heilung „Für Alle“. In jeder Haus gehört der stattliche Herr in Leinwandform, aber 800 Seiten mit etwa 800 Bildern, indem das gezeichnete (80 M.). Er zeigt überall Weg und Mittel zur Heilung, doch so, daß durch das Lesen Hand nicht etwa von der Heilung - Unheil wird. Das Buch kann in den Buchhandlungen unverändert gekauft werden. Ausführliche Prospekte mit Leseproben und Bildproben kostenlos in den Buchhandlungen und vom  
VERLAG HERDER, FREIBURG IM BREISGAU

Stv. Rat wünscht, daß die Einziehung der Lehrstellen nicht mit dem Schulneubau verquickt wird. Wir müssen alle, daß das Schulgebäude nicht sehr schön ist, aber so schön, daß unbedingt gebaut werden müsse, ist es nicht. Stv. Ludwig erklärt, daß der Dunkel nur bei den Kindern besteht, daß aber die Lehrer dagegen einverstanden. Die Regierung verlange Klassen mit wenig Kindern, gemäß aber nur auf 60 Kinder eine Lehrstelle. Stv. Ludley stimmt dem Stv. Knal zu. Keinen Lehrerbau, keinen Schulneubau, aber die dringend notwendigen Ausbesserungen am Gebäude vorzunehmen. Die Verammlung faßt den Beschluß, keinen Abbau an Lehrstellen vorzunehmen, auch den Schulneubau abzulehnen, da die finanzielle Lage der Stadt nicht so sei, daß die Mittel für den Bau selbst bei Genehmigung einer Regierungsbeihilfe aufgebracht werden können.

5. Rathausabwässerbeilegung. Der Magistrat schlägt vor, den Mißstand durch Anschaffung einer Saugpumpe abzustellen. Stv. B. Hamann hält die Anschaffung einer Saugpumpe für wünschenswert, bezweifelt aber, daß die Beseitigung des Uebelstandes dadurch möglich sein wird. Beigeordn. Kolbe empfiehlt die Annahme der Magistratsvorlage. Stv. Richter regt an, für Küchenwasser usw. einen besonderen Abfluß zu schaffen. Stv. Fiedler sieht in der ganzen Vorlage nur einen Notbehelf. Bürgermeister Dieze wünscht ebenfalls Abstellung des Mißstandes, er muß aber auch die Kostenfrage berücksichtigen; es würden dafür 6—1200 M. benötigt. Stv. Knal erwidert hierauf, daß das Lege der Röhren bis zu Richters Gede nur ungefähr 600 M. kosten würde. Wenn damit gleichzeitig die

Straßenpflasterung gemacht wird, dann kommt die vom Magistrat angegebene Summe in Frage. Bürgermeister Dieze bleibt bei seiner Ansicht, daß mehr wie 600 M. benötigt werden. Vor allen Dingen muß für die Kostenbedeckung gesorgt werden. Sonderbarerweise sei in den ersten Jahren gar nicht soviel darüber gesprochen worden wie jetzt. Er bittet, die Pumpe, die auch anderweit benötigt wird, zu beschaffen und damit einen Versuch zu machen. Es ist auch nicht angängig, den Uebelstand von der einen Stelle wegzunehmen und an anderer Stelle einzurichten. Wenn der Abfluß bis zu Richter oder Schmidt geleitet würde, dann ist da derlei Uebelstand. Die Ableitung bis zum Mählgraben würde sehr große Kosten verursachen. Beig. Kolbe bemängelt die fast vollkommene Zuzüchtung des Grabens bei Schmidt durch die Anlieger. Es sei nicht mehr möglich, daß das Wasser abfließen kann. Nach dem Willen des Sen. Uutlich sei es nicht gewesen. Dieser hätte auch verlangt, die Anlieger davon abzubringen, es sei ihm aber nicht gelungen. Stv. B. Hamann ist sehr erstaunt, daß dort der Graben so weit zuzugelichtet ist und verfehlt es nicht, daß die Polizei das gebildet hat. Von verschiedenen Seiten sei ihm schon gesagt worden, daß andere Schritte unternommen werden, wenn die Räumung der Gräben nicht erfolgt. Bürgermeister Dieze erklärt hierzu, daß der Polizeiverordnung davon noch keine Mitteilung gemacht sei, er wird sich aber mit aller Strenge dafür einsetzen und bittet, daß die Stadverordneten mit gutem Beispiel vorangehen. Sen. Vestig teilt mit, daß von den beiden Anliegern einer dem anderen das Zudämmen zuschiebt. Stv. Ludley ist für Beschaffung der Pumpe und ev. An-

schaffung eines Abfuhrwagens. Stv. Knal verspricht sich keine Befreiung durch die Pumpe, denn es muß täglich mindestens zweimal abgefahren werden. Bürgermeister Dieze bittet um Annahme des Magistratsvorschlages. Sollte die Befreiung durch die Pumpe nicht möglich sein, dann müßten im Haushaltplan Mittel für diesen Zweck eingelegt werden. Stv. Gärtner wünscht zu wissen, was die Grabenräumung auszuführen hat, der Anlieger oder die Stadt, die die Grasmung verpachtet. Nach längerer Ansicht muß es die Stadt tun. Bürgermeister Dieze erwidert darauf, daß die Stadt tut, was sie zu tun hat. (Schluß folgt.)

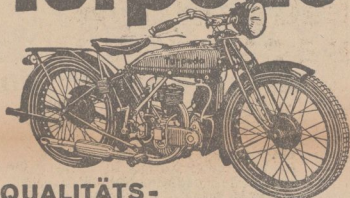
**Für Obstbau- und Gartenfreunde.**

as. Sie wollen nicht mehr pflanzen? Warum nicht? Sie meinen, es sei dazu doch schon zu spät! Dies ist bestimmt in diesem Jahre keine Pflanzzeit vor uns. Die notwendige Bodenfeuchtigkeit ist reichlich vorhanden, aber die nötige Bodenwärme kommt erst noch, und zwar sehr langsam. So daß bis in die ersten Maiwochen hinein mit besser Aussicht auf Erfolg gepflanzt werden kann. Alle Baum- und Strauchpflanzen, welche sich im Frühjahr befinden, sind in der Vegetation dadurch zu zurückgehalten, daß sie auch noch im Spätfrühjahr ein Anwachsen verüben. Hören Sie also nicht, pflanzen Sie gleich noch ruhig alle Arten von Obstgehölzen, Ziersträuchern, Rosen und eventuell noch später alle Topf- und Ballengemäße. Natürlich muß das Wurzelwerk frisch sein. Sie gewinnen ein Jahr, wenn Sie jetzt noch Ihre Pflanzen in den Boden bringen können!

**Eine Ladung Saatkartoffeln**  
Wolthmann

eingetroffen  
**Landbund-Kornhaus, Remberg**  
Fernsprecher 317

**Torpedo**



**QUALITÄTS-FAHRRÄDER  
MOTORRÄDER**  
5 PS Viertakt-Motor - 200 ccm  
STEUER- UND FÜHRERSCHEINFREI  
BEQUEME RATENZAHLUNGEN, BIS ZU 12 MONATEN  
PROSPEKT 10125 KOSTENLOS

**TORPEDO FAHRRÄDER-SCHREIBMASCHINEN**  
WEILWERKE A.-G., FRANKFURT A. M.-RÖDELHEIM  
TÜCHTIGER VERTRETER GESUCHT, WO NICHT VERTRETEN.

**Morgen Dienstag früh ab halb 8 Uhr frischen Speckfischen**  
Ernst Wend

Empfehle laudens frische hausmacher **Blut- u. Leberwurst und Pöfelknochen**  
in bekannter Güte

Martin Kramer, Weinbergstraße 21 1/2

Differiere billigt ab Lager  
**Nitrophoska  
Leuna-Salpeter  
Kali-Ammonsalpeter  
Natriumsalpeter  
Kalksalpeter  
Schwefelsäure-Ammoniak  
Ammoniak-Super**  
7x9 9x9

**Superphosphat  
Kali 54, 42, 32%**  
Kainit, Thomasmehl  
**Tonwaren  
Cement, Gyps, Kalk  
Rohrgewebe**  
Otto Möbius, Bergwitz.

**Entenbruteier**  
gibt ab  
Anhalter Straße 3.

**Muttererde**  
abzuführen  
Duinge, Neubau, Schmiedeh. Str.  
Einen größeren Posten

**Speisekartoffeln**  
rote Wolthmann  
hat abzugeben  
Friedrich Hanke, Gommlo

**Eine Habewiese**  
auf mehrere Jahre zu verpachten  
**Wittenberger Straße 51.**

Auf die in den nächsten Tagen eintreffenden  
**pommerschen Saatkartoffeln**  
Wolthmann 34  
Odenwälder Blau  
nehme noch Bestellungen entgegen  
**Wilhelm Felgner**  
4 jüngerer

**Arbeiter**  
steht ein  
**Sägewerk Kunze, Lubitz.**

**Deffentl. Missionsabend**  
am Dienstag, den 23. April, abends 8 Uhr im Schützenhause.  
**Lichtbilder-Vortrag**

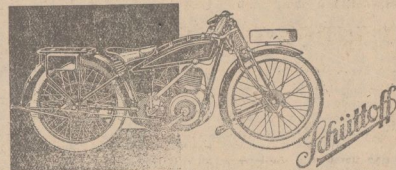
des Herrn Pfarrers Bedmann-Nieda (früher Missionar) über das Thema: **„Erlösungsschmuck in Indien, geklärt durch die Missionsarbeit.“**  
Außerdem: Ansprachen, mehrstimmige Gesänge, dramatische Zwiegespräch, Deklamationen.  
Eintritt: 40 Pf. für Erwachsene, 20 Pf. für Kinder.  
Hierzu ladet herzlich ein **Pfarrer Ahmus**

**Gaditz**  
Deffentlicher Missionsabend am **Mittwoch**, den 24. April, abends 8 Uhr im Alnerischen Saale mit

**Lichtbilder-Vortrag**  
von Herrn Pfarrer Bedmann-Nieda (früher 18 Jahre Missionar in Ostindien) über das Thema: **„Verkündigung der Friedensbotschaft durch die Mission unter den Heil verlangenden Heiden.“** außerdem Ansprachen.  
Eintritt: 40 Pf. für Erwachsene, 20 Pf. für Kinder.  
Hierzu ladet herzlich ein **Pfarrer Ahmus**

*Lockt Sie es nicht?*

mit einem schmucken, schnellen und zuverlässigen Motorrad zum Wochenende hinaus ins Grüne zu fahren? Wöchten Sie nicht Ihren Weg zum Geschäft auf einem Motorrad zurücklegen, auf das Sie sich in jeder Beziehung verlassen können? Oder wollen Sie, wenn Sie beruflich viel unterwegs sind, noch länger auf dieses billige und wirtschaftliche Verkehrsmittel verzichten?  
Nein!  
Kaufen Sie noch heute ein **Schüttoff-Kraftrad!**



**Schüttoff-Aktiengesellschaft Chemnitz**  
Vertreter: Franz Romig & Söhne (Inh. Ernst Romig)  
Schloßmeister und Elektromeister,  
**Kemberg, Wittenberger Straße 48**

**Bruchleidende**

Jetzt wird Ihnen geholfen unter Garantie in den schwersten Fällen durch das **Opel-Bruchband ohne Feder**  
Nabel-, Vorfal- und Leibbinden jeder Art  
seit kurzer Zeit über 30 000 mit bestem Erfolg in Gebrauch.  
Herr Bädermeister G. Niemege, schreibt: Durch Ihr Bruchband habe ich meinen Bruch nach 6 Monaten verloren.  
Kommen Sie bitte zu mir, ich zeige Ihnen meine Muster umsonst ohne jeden Verbindlichkeit für Sie in **Kemberg, Mittwoch**, den 24. April, morgens von 8—12 Uhr Hotel Palmstamm.

**Willy Faß, Bandagenspezialist, Görlitz**  
Elisabethstraße 3

**Magdeburger Pferde- und Auto-Lotterie**

Einzel-Lose 50 Pfg. Doppel-Lose 1 Mk.  
Glücksbriefe: 10 Einzel-Lose oder 5 Doppel-Lose 5,— Mk.  
Lose zu haben bei:

**Richard Arnold, Buchhandlung, Leipziger Straße 64**

Gewissenhafte und gründliche Ausbildung erhalten Sie in der **Fahrschule**  
für Motorräder, Personen- u. Lastkraftwagen, 4 Übungswagen  
**Auto-Heine, Wittenberg, Tel. 2040**  
Anmeldungen nimmt entgegen  
Fr. Böhm, Fahrradhandlung,  
Kemberg, Leipziger Straße

**Zur Frühjahrsfaat**  
empfehle  
**Sternmarke-Hämereien**  
in nur erstklassigen Qualitäten.  
**Rübenferne Gendörfer**  
(rot und gelb)  
**Rottkeefamen**  
sowie sämtliche

**Bergamentpapier** Saaten für Garten und Feld  
empfiehlt **Richard Arnold** **Robert Lux**

**Unternehmer, Landwirte u. Hausfrauen**

decken ihren Bedarf an Arbeitskräften jeder Art durch Vermittlung des **Arbeitsamtes Wittenberg (Bz. Halle)**  
Prompte und kostenlose Bedienung ist gewährleistet.  
Sprechzeit und Vermittlung in **Kemberg:**  
**Montags, Mittwochs und Freitags** in der Zeit von 9—13 Uhr im Ratshaus (Bürgeraal) Telefon 325.

Nach dieser Zeit und an den übrigen Tagen genügt Anruf beim **Arbeitsamt Wittenberg, am Arsenplatz, (Telefon 437/438)** Dienstzeit 7—18 Uhr, Sonntags 9—12 Uhr.

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Lohnmanns Sonntagsblatt“ und „Allgemeines Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewinne, Betriebsstörungen, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückschlag des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5gepaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepaltene Kleinzeile 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geschriebener oder durch Fernschreiber aufgesetzter Anzeigen wird keinerlei Gebühre übernommen. / Beilagengebühren: 10.— M., das Laufen, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 48

Diensstag, den 23. April 1929

31. Jahrg.

## Neues in Kürze.

- \* Groß-Kemnitz hat im vorbereitenden Abklärungsansatz in Genf einen Erweiterungsantrag zum Giffingepaßort ein, der große Bedeutung besitzt.
- \* In China ist eine löwenmäulige Hungersnot ausgebrochen. Nach amtlichen Berichten sollen in zahlreichen Fällen Menschen geschlachtet und gewirrt worden sein.
- \* Die Zahl der Arbeitslosen nimmt weiter ab, so daß schließlich eine völlige Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt eintreten dürfte.
- \* Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Großbanken wegen des neuen Kreditwesens fortgesetzt. Hinsichtlich des mit dem Bankensystem von der Kapitalertragssteuer einträumen.
- \* Nach einer Pressemeldung treffen Dr. Schaack und Dr. Bögler am Sonntag in Berlin ein, um mit der Reichsregierung Rücksprache zu nehmen.

## Prinz Heinrich von Preußen f.

Im 67. Lebensjahre einer Ungenügendung erlegen. — Eternsruhe, 21. April.

Prinz Heinrich von Preußen ist gestern mittag an einer Lungenerkrankung auf seinem Landgut Himmelsdorf bei Eternsruhe in Schleswig-Holstein in seinem 67. Lebensjahre gestorben.

Prinz Heinrich von Preußen, der Bruder des früheren deutschen Kaisers, wurde am 14. August 1862 im Neuen Palais in Potsdam als Sohn des nachmaligen Kaisers Friedrich und der Prinzessin Maria von Dänemark geboren. Er war der älteste Sohn aus drei Söhnen älteren Bruders Wilhelm, der das Kommando in Kassel, nach bestandenem Abiturienzenexamen widmete er sich dem Seewesen. Nachdem er die verschiedenen Grade der Seeoffizierslaufbahn durchlaufen hatte, erfolgte 1895 seine Beförderung zum Konteradmiral. Von 1906 bis 1909 war er Chef der aktiven Seehausflotte. Nach seiner Entlassung wurde ihm das Kommando über die 1. Flottille der Marine übertragen.

Der Prinz hat verschiedene größere Auslandsreisen unternommen und war 1898 in Ostafrika und 1902 in Nordamerika, wo die Harvard-Universität ihn zum Ehrenbürger ernannte. Großes Interesse wandte Prinz Heinrich stets den verschiedenen Zweigen des Sports zu. Der Prinz war leidenschaftlicher Automobilfahrer und erwarb sich große Verdienste um die Einführung der Kraftwagen in Deutschland. U. a. erwarb er sich das Pilotenzeugnis und wurde für seine Verdienste um die Förderung der technischen Wissenschaften von der Technischen Hochschule Charlottenburg und der Universität Kiel zum Dr.-Ing. ehrenhalber bzw. zum Dr. h. c. ernannt. Während des Krieges hatte der Prinz sein Kommando inne. Nach der Revolution war er als Offizier der Marine in der 1. Flottille der Marine tätig. Der Prinz hat drei Söhne hinterlassen.

Die Beerdigung des Prinzen wird vom Reichsministerium geregelt werden, und zwar nach den Bestimmungen, die für Generalfeldmarschälle und Großadmirale der Marine bestehen.

## Die Lage an der deutschen Börse.

Beruhigt, aber weiter nervös.

— Berlin, 21. April.

Die an den deutschen Börsen infolge des bekannten Verlaufes der Reparationsverhandlungen überaus einseitig eingetretene Baissebewegung legte sich nicht in heftiger Betrübnis fort, da man die Lage etwas beruhigter betrachtete. Dennoch hielt die nervöse und unübersichtliche Stimmung an, so daß die schwereren Werte weitere Kursverluste erlitten. Allerdings gingen diese nicht über acht bis zehn Punkte hinaus. Seitens des Auslandes fanden bemerkenswertere Kurse nicht mehr statt. Man wollte im Gegenteil sogar beobachtet haben, daß in Berlin Kaufanträge für Effekten aus dem Ausland eintrafen.

Nach am Sonnabend hat sich die Reichsbank zu Goldverkäufen veranlaßt gesehen, um den noch wie vor erheblichen Kassenschwächen, die an sie gefloßen wurden, gerecht werden zu können. Auf der Berliner Börse waren wieder erhebliche Interventionen bei Festlegung des Dollarkurses notwendig, um diesen auf der Basis von 4,2175 zu halten. Allerdings waren die Ansprüche nicht größer als am Vorabend.

## Beratung über die Gewerbesteuer.

Höpfer-Wilshoff fordert schnellste Verabschiedung im Preussischen Landtag.

— Berlin, 21. April.

Im Preussischen Landtag stand am Sonnabend die neue Vorlage über die Gewerbesteuer, die lediglich eine Verlagerung des geltenden Rechts bringt, zur ersten Beratung.

Finanzminister Dr. Höpfer-Wilshoff erklärte, es sei die Frage aufgeworfen worden, ob Artikel 62 der preussischen Verfassung der Wiederverlagerung dieses Gegenstandes widerspreche. Nach Ansicht der Staatsregierung sei dies nicht der Fall. Die rein juristischen Argumente für diese Auffassung der Staatsregierung werde er im Hauptausfluß darlegen. Heute wolle er nur darauf hinweisen, daß der Einspruch des Staatsrats nicht der Sache an sich gilt, sondern nur einem einzigen Punkt innerhalb des Gesetzes, und daß zweifellos in einem solchen Falle die Wiederverlagerung von Gegenständen möglich sein müsse. Die Verabschiedung der Gewerbesteuer müsse nun, wenn man eine Realisierung der Staatsregierung werde er im Hauptausfluß erfolgen. Durch eine Verlagerung des Gesetzes würde man die Befreiung der Steuerpflichtigen nicht mildern, sondern nur verziehen. Der Minister hat, die Vorlage baldigst unverändert anzunehmen.

Nach weiterer Aussprache wurde die Vorlage dann dem Hauptausfluß überwiesen.

Das Finanz-Büro wird hierauf die zweite Lesung des Kassenschwächen bis an die Verabschiedung, die am Dienstag vorgenommen werden sollen.

## Schaack und Bögler in Berlin.

Sie informieren das Reichsamt.

— Berlin, 21. April.

Nach einer Pressemeldung treffen die deutschen Delegierten Dr. Schaack und Dr. Bögler heute in Berlin ein, um der Reichsregierung über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen in Paris zu berichten. Es ist nicht anzunehmen, daß die deutschen Sachverständigen neue Informationen mit auf den Weg bekommen werden, denn die Reichsregierung hält nach wie vor streng an dem Grundsatze fest, daß die Sachverständigen völlig unabhängig arbeiten müßten.

Die scharfen und drohenden Äußerungen gegen Dr. Schaack werden in der französischen Presse unumwunden fortgesetzt. Dank der geschickten Regie der französischen Nachrichtenagenturen wird auch das übrige Ausland in die Gedächtnisse gegen Deutschland hineingebracht. Dabei macht Amerika keine Ausnahme. Hier läßt sich sogar feststellen, wie stark sich in den einzelnen Zeitartikeln der französische Einfluß geltend macht. In England beurteilt man die Reparationskonferenz jetzt etwas ruhiger, doch stellt es auch in diesen Ländern nicht an großen Beschuldigungen Deutschlands. Nur Italien macht eine Ausnahme. Die Äußerungen stellen sich zwar schlüssig auf den Standpunkt der übrigen Gläubiger, würdigen sonst aber auffallend die Haltung Dr. Schaacks.

Das Gesamtbild der Pressekommentare läßt hingegen erkennen, daß man bemüht ist, noch kein Scheitern der Konferenz zu sehen. Man hofft, daß am Montag neue Verhandlungen angeknüpft werden. Die Erwartungen stützen sich wohl darauf, daß bereits am Freitag abend inoffizielle Besprechungen zwischen den Delegierten stattfanden, die am Sonnabend fortgesetzt wurden. In den Unterhaltungen nahmen nicht nur die alliierten, sondern auch die deutschen Sachverständigen teil. Wenn allerdings von einer bereits stattgefundenen inoffiziellen Vollkonferenz gesprochen wird, so dürfte dies die Bedeutung der Besprechungen übertreiben. Immerhin scheinen aber neue Anknüpfungspunkte gesucht zu werden. Man tut aber gut daran, mit einer optimistischen Beurteilung der Lage nach wie vor vorzugehen zu sein.

## Noch nicht das letzte Wort?

Nach einer Pressemeldung ist ein Mitarbeiter des „Aurora“ angeblich von Dr. Schaack empfangen worden. Dr. Schaack habe in dieser Unterredung erklärt, niemals gelagt zu haben, daß die bekannten Vorschläge das letzte Wort der deutschen Delegation seien. Er sei vielmehr bereit, sämtliche Anregungen zu erörtern, die die alliierte Antwort auf die von ihm unterbreiteten Vorschläge geben könnte.

## Deutschlands Angebot vorläufig, fair und gerecht.

Zu dem Memorandum Dr. Schaacks gab Senator Borah folgende Erklärung ab: „Ich finde, daß Deutschlands Angebot vorläufig und fair war. Wenn man die Summe, die Deutschland in bar und in Sachlieferungen bereits gezahlt hat, und die Gebiets- und anderen Verluste, die Deutschland erlitten hat, in Betracht zieht, muß man zu der Überzeugung kommen, daß das deutsche Angebot durchaus gerecht war.“

## Deutscher Antrag zum Gastriegesverbot.

Die Abklärungsansprüche in Genf.

— Genf, 21. April.

Die deutsche Abordnung im vorbereitenden Abklärungsansatz hat in der Sonnabend-Sitzung einen Antrag eingbracht, nach dem in Verfolg der großen Denkschrift des Grafen Bernstorff beantragt wird, in den Konventionenentwurf des Verbots des Abwärtens von Kampfmitteln jeglicher Art aus lebendigen Tugenden, sowie das Verbot der Beförderung von Gas, Explosiv- und Brandstoffen jeglicher Art aufzunehmen. Der deutsche Antrag gilt als Ergänzung der Bestimmungen des Abkommens über das Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges.

In der Aussprache über das Verbot des chemischen Krieges beantragte Graf Bernstorff, das ganze Kapitel des Konventionenentwurfes über das Verbot des chemischen Krieges mit dem deutschen Antrag aus dem Abkommen herauszunehmen und daraus ein internationales Sonderprotokoll zum Verbot des chemischen Krieges zu machen. Von verschiedenen Abgeordneten wurde darauf hingewiesen, daß es zweckmäßiger sei, das bestehende Giffgasprotokoll von 1925 auf der Grundlage der verschiedenen Anträge und der Bestimmungen des Konventionenentwurfes weiter auszubauen und zu vervollständigen und somit in den Konventionenentwurf über die Befreiung der Nahrungsmittelherstellung keine Bestimmungen über das Verbot des Gastrieges aufzunehmen.

„Deutsche Illustrierte“ heute neue Nummer bei Hies. Arnold



## Reichsstädtebund zum Finanzausgleich.

Antrag gegen die Wünsche der Großstädte.

— Berlin, 21. April.

Der Reichsstädtebund hat gemeinsam mit dem Preussischen Landtag, dem Verband der Preussischen Landgemeinden und dem Preussischen Landgemeindegau West eine Eingabe an den Landtag gerichtet, in der gebeten wird, dem Antrag der Stadt Berlin und einer Anzahl anderer Städte, für 1929 den Einheitsfuß der relativen Staatsanteile von 22 auf 25 Pfg. zu erhöhen, nicht stattzugeben.

In der Eingabe heißt es: Es kann nicht verkannt werden, daß die Bestimmungen über die relative Garantie des Friedensausgleichs in ihrer jetzigen Form nicht geeignet sind, allen Gemeinden absolute Gewissheit zu verschaffen. Immerhin hat die relative Garantie für die große Mehrheit der preussischen Gemeinden günstig gewirkt, für viele bedeutet sie geradezu die Aufrechterhaltung ihrer Lebensfähigkeit. Wie die Regelung aus immer ausfallen mag, für einzelne Gemeinden werden sich immer Benachteiligungen und Unbilligkeiten ergeben. Es läßt sich daher nicht rechtfertigen, den Antrag Berlins und der anderen Städte für 1929 zu unterstützen. Vielmehr werden alle beteiligten Kreise auf das ernstliche bemüht werden müssen, ein neues Ausgleichsverfahren ausfindig zu machen, welches eine möglichst gerechte Verteilung der Steuerüberweisungen sicherstellt. Die gewünschte Veränderung innerhalb des bestehenden Systems kann auch deshalb nicht mehr erfolgen, weil die meisten Gemeinden und Gemeindeverbände bereits ihre Haushaltspläne für 1929 unter Berücksichtigung der bisherigen Bestimmungen aufgestellt haben. Würde eine Erhöhung des Einheitsfußes auf 25 Pfg. für 1929 erfolgen, so würden zwar die Antragstellenden Städte — und insbesondere einige wenige Großstädte — dadurch eine Verbesserung erfahren, dagegen würde für die große Mehrheit der Gemeinden eine nicht unerhebliche Verminderung ihrer Einnahmen eintreten und damit ein Defizit in ihren Haushaltsplänen entstehen.